

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1951**

162 (14.7.1951)

# ETTlinger ZEITUNG

Ercheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Freihaus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landemann  
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung  
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pfg. — (Preisliste Nr. 1.) (Tel. aufgegeb. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

8./52. Jahrgang

Samstag, den 14. Juli 1951

9r. 162

## US-Truppen für Nordbaden?

Bremenhaven (UP). Die ersten 1000 Mann der 2. amerikanischen Panzerdivision, die insgesamt 15.000 Mann umfaßt, trafen in Bremerhaven ein. Sie wurden von ihrem Divisionskommandeur, General Palmer, und dem Oberkommandierenden der US-Streitkräfte in Europa, General Handy, begrüßt. Wie verlautet, sollen die neuen Truppen im Raum von Mannheim stationiert werden.

## Ermittlungen über Auerbach beendet

München (UP). Oberstaatsanwalt Kurt von bayerischen Kassenhof hat als Generalkläger der Spruchkammer im Einvernehmen mit dem Leiter des Befreiungsministeriums, Sachs, die Einstellung des Spruchkammer-Ermittlungsverfahrens gegen Dr. Auerbach verfügt. Die Behauptungen, daß sich Auerbach im Konzentrationslager der Mißhandlung von Mitäftlingen und anderer Vergehen schuldig gemacht habe, erwiesen sich als nicht stichhaltig.

## Keine Änderung des Saar-Statuts.

Paris (UP). Ein amtlicher Sprecher des Quai d'Orsay erklärte, Frankreich habe nicht die Absicht, das Saarstatut aufzuheben oder zu revidieren. „Deutsche Pressemeldungen, wonach eine Änderung des Saarstatuts bevorzogen soll, entbehren jeder Grundlage“, sagte er. „Die Angelegenheit wird hier nicht einmal erwogen. Die Absichten Frankreichs sind wohlbekannt. Sie haben sich nicht geändert. Frankreich will dem Saarland die Möglichkeit geben, sich innerhalb der wirtschaftlichen Union mit Frankreich selbst zu entwickeln.“ Endgültig könne die Saarfrage erst bei Unterzeichnung eines Friedensvertrags mit Deutschland geregelt werden.

## „Entscheidung so schnell wie möglich“

Verhandlungen um den Verteidigungsbeitrag - McCloy drängt - Adenauer empfangt Kirkpatrick

Bonn (UP). Bundeskanzler Dr. Adenauer empfing den britischen Hohen Kommissar Sir Ivone Kirkpatrick zu einer längeren Aussprache über wichtige aktuelle Probleme, dabei sollen Fragen eines deutschen Verteidigungsbeitrags, die bisherige Entwicklung im Fall Helgoland und die für Ende August geplante Reise Dr. Adenauers nach London im Vordergrund gestanden haben.

Der amerikanische Hohe Kommissar sprach sich in einer Pressekonferenz für eine baldige Entscheidung über einen deutschen militärischen Verteidigungsbeitrag aus. Von dieser Entscheidung hängen nach Ansicht McCloy's wesentliche strategische Entscheidungen für die Verteidigung Europas und für die Bildung einer europäischen Armee ab. Er äußerte sich daher optimistisch über die Möglichkeiten einer Verständigung zwischen Paris und Bonn über die Form und das Ausmaß einer deutschen Beteiligung. Zwischen dem Ergebnis der Petersberg-Besprechungen und den Pariser Verhandlungen bestehen nach Auffassung McCloy's sowie Parallelen, daß zweifellos ein Kompromiß zu erzielen sei, der von den USA begrüßt würde.

„Es ist mir sehr daran gelegen“, — so sagte er — „daß eine Entscheidung möglichst bald fällt, damit andere sehr grundlegende Probleme gelöst werden können. Wir sollten möglichst bald die Zusammensetzung unserer Streitkräfte kennen, um außerordentlich wichtige strategische Entscheidungen treffen zu können.“ Der Hohe Kommissar wies auf einen genauen Termin zu nennen, bis zu dem eine Entscheidung gefallen sein muß. Mit deutscher Hilfe könne Europa weiter ostwärts verteidigt werden, antwortete McCloy auf die Frage, ob die USA Europa am Rhein oder an der Elbe zu verteidigen gedenke.

Zum Saarproblem sagte der Hohe Kommissar, auch er hoffe auf eine baldige befriedigende Lösung. Der „Fall Kemritz“ soll von deutschen und amerikanischen Beamten noch einmal besprochen werden, wenn in Berlin die deutschen Verfahren in Sachen Kemritz eingestellt würden. Der Bundeskanzler habe ihm mitgeteilt, daß deutschen Stellen bestimmte Seiten der Angelegenheit Kemritz bekannt wären, von denen die Amerikaner nichts wüßten. Die US-Hohe Kommission habe Kemritz nicht fallen lassen können, da er wie zehntausend andere „rechtmäßig und moralisch“ tätig gewesen sei.

## Schumacher: Die SPD lehnt ab

„In der Frage des deutschen Verteidigungsbeitrags hat sich nichts Wesentliches geändert“, erklärte Dr. Kurt Schumacher vor der Presse in Bonn. Auf Seiten der Alliierten habe sich keine neue Grundlage ergeben und daher müßten die Sozialdemokraten ihre fundamentalen Voraussetzungen für eine Beteiligung Deutschlands an der Verteidigung aufrecht erhalten.

Ebenso habe sich die Einstellung des deutschen Volkes zu dieser Frage nicht geändert. Die „unentschlossene und ungeklärte Politik“ der Bundesregierung gerade in dieser Frage habe die Position der SPD gestärkt. „Um uns in der Frage des Verteidigungsbeitrags zu entscheiden, müssen wir Deutsche die strategisch-politische und die strategisch-militärische Konzeption derjenigen kennen, die un-

## Für 1 Milliarde Dollar Einfuhren aus USA

Erhard dementiert Catter - 175 Millionen aus ECA-Mitteln

Bonn (UP). Bundeswirtschaftsminister Erhard kündigte nach seiner Rückkehr aus den USA eine stärkere Intensivierung des deutschen Exportes nach den Ländern des Dollarraumes an.

Die Kritik des ehemaligen Leiters der ECA-Sondermission für Westdeutschland, Jean Catter, die freie Wirtschaft der Bundesrepublik sei unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein nicht vertretbarer Luxus, deckte sich nicht mit der Auffassung der verantwortlichen Stellen in Washington.

Die Bundesrepublik werde in dem am 1. Juli begonnenen neuen Haushaltsjahr der USA Güter im Gesamtwert von einer Milliarde Dollar einführen müssen. Bei seinen Berechnungen mit den Marshallplan-Behörden sei ihm zugesagt worden, die Bundesrepublik werde im ECA-Jahr 1951/52 mindestens 175 Millionen Dollar erhalten. Er glaube aber mit höheren Zuwendungen rechnen zu können, da man bei der Marshallplan-Verwaltung die Stichhaltigkeit der höheren deutschen Anforderungen anerkannt habe.

Die mit der deutschen Rohstoff- und vor allem Kohlenversorgung zusammenhängenden Probleme seien ebenfalls erörtert worden, sagte der Bundeswirtschaftsminister. Man verfolge in den USA die deutsche Kohlenfrage mit einer gewissen Sorge. Die USA seien bereit, unbegrenzte Mengen von Kohle an die Bundesrepublik zu liefern, wobei auch der Transport keine Schwierigkeiten bereiten dürfte. Über die Frage der deutschen Kohlen-Exportquote sei nicht gesprochen worden, da

hierfür ausschließlich die Internationale Ruhrbehörde zuständig sei. In den USA sei man sich heute darüber im Klaren, daß Europa ohne Deutschland nicht denkbar sei. Die Verteidigung Deutschlands sei gleichbedeutend mit der Verteidigung Europas.

## Freierhöhung für Margarine verjagt

Der Bundesrat vertagte eine Entscheidung über die Erhöhung der Margarinepreise. Der Regierungsentwurf über die Aufhebung der Margarine-Subventionen, der eine Preiserhöhung von 2,44 auf 2,84 DM je Kilogramm vorsieht, soll erst in der nächsten Woche nochmals beraten werden.

Bundesernährungsminister Niklas begründete die Verminderung der Subventionen mit einem allgemeinen Absinken der Weltmarktpreise, während Staatssekretär Hartmann vom Finanzministerium hervorhob, daß die Entnahme der Subventionsmittel für Margarine zur Stützung des Konsumbrotpreises benötigt würden. Zur Diskussion stand, ob der Preis des Konsumbrottes von 48 auf 64 Pfennig je Kilogramm erhöht werden sollte. Da dies vermieden werden soll, sind die Mittel aus der Margarine-Subvention zur Stützung des alten Preises erforderlich.

## Neue Verkehrsregelung

Den vom Vermittlungsausschuß zum Gesetzentwurf zur Änderung des Gewerbesteuerrechts ausgearbeiteten und vom Bundestag gebilligten Änderungen versagte die Mehrheit des Bundesrates seine Zustimmung. Das Gesetz zur Bekämpfung von Unfällen im Straßenverkehr wurde nach einigen geringfügigen Änderungen gebilligt. Die Ländervertreter beantragten vor allem die Zweigleisigkeit des Verfahrens beim Entzug von Führerscheinen. Das Gesetz droht betrunkenen Kraftfahrern bis zu zwei Jahren Gefängnis an und führt für „leichte Verkehrsübertretungen“ eine Drei-Mark-Strafe ein. Es trifft auch zahlreiche andere Neuregelungen für die Strafbemessung bei Beeinträchtigung der Verkehrssicherheit: LKWs von über 9 Tonnen Gesamtgewicht und andere schwere Zug- und Transportfahrzeuge sollen mit einem Fahrten-schreiber ausgerüstet und bei Lastkraftwagen nur noch ein Anhänger gestattet werden.

## Tito lobt den Westen

London (UP). Marshall Tito erklärte, Jugoslawien habe die schwierigste Periode seiner Isolation schon überstanden. Die Kommunismünder hätten jetzt keine Möglichkeiten mehr, dem jugoslawischen Volk Schaden zuzufügen. „Der Westen“, fuhr Tito fort, „hat für das jugoslawische Volk mehr Verständnis aufgebracht, als die Länder, die den Anspruch erheben, sozialistisch zu sein. Der Westen hat uns in den allergrößten Stunden gehalten, so daß wir uns ein besseres Leben und eine bessere Zukunft schaffen können. Jugoslawien hat sich dabei nicht an die Kapitalisten oder die sowjetischen Imperialisten verkauft.“ Wie die Nachrichtenagentur „Tanjug“ meldet, sprach Tito auf einer Feierstunde zum 10. Jahrestag der Erhebung des montenegrinischen Volkes.

Der jugoslawische Generalstabschef, Generaloberst K. Popovic, ist nach Belgrad zurückgekehrt, nachdem er die Hauptstädte der Westmächte besucht hatte, um dort Waffenhilfe zu erlangen.

## Bundesverfassungsgericht verschoben

Keine Einigung über die Richter - Streit zwischen CDU und SPD

Bonn (ZSH). Die Wahl der Richter für das Bundesverfassungsgericht wurde bis Anfang September verschoben, da über ihre Nominierung zwischen der CDU und der SPD keine Einigung erzielt werden konnte. Das Bundesverfassungsgericht wird daher kaum vor 10. September konstituiert werden können.

Die SPD hat in einer offiziellen Erklärung die Schuld an dieser Verzögerung der CDU/CSU zugeschoben. Die Opposition behauptete nämlich, die CDU/CSU habe gegen jeden Kandidaten gestimmt, mit dem sich die SPD einverstanden erklärt habe, auch wenn dessen Nominierung durch die Regierungskoalition erfolgt sei. Die CDU bezeichnete ihrerseits diese „Auseide“ der Sozialdemokraten als „ungewöhnlich und unrichtig“.

Die praktische Folge dieses unertreulichen Streites ist, daß das Bundesverfassungsgericht frühestens nach den Bundestagsferien in Funktion treten kann. Dadurch werden auch alle bei ihm bereits anhängig gemachten Verfahren verzögert. Unter ihnen befindet sich bekanntlich die Klage des badischen Staatspräsidenten Wobler gegen das Gesetz über die Volksabstimmung in den drei südwestdeutschen Ländern, die am 16. September stattfinden soll. Angesichts der jetzigen Situation ist es fraglich geworden, ob das Bundesverfassungsgericht vor dem Abstimmungstag

überhaupt noch eine Entscheidung herbeiführen kann.

## Kabinett berät Vertriebsengesetz

Das Bundeskabinett beschloß, den Entwurf eines Bundes-Vertriebsgesetzes noch in der nächsten Woche zu verabschieden und den gesetzgebenden Körperschaften dann unverzüglich zuzuleiten. Das Gesetz wird sich nicht nur auf die Definition des Begriffes Flüchtling und die Ausstellung eines Flüchtlingsausweises beschränken, sondern auch andere Fragen klären.

Der Bundesfinanzminister erstattete einen ausführlichen Bericht über den Nachtragshaushalt und verwies dabei auf die Notwendigkeit der sparsamen Haushaltsführung und der Beschränkung neuer Ausgaben. Das Kabinett erörterte ferner den Entwurf eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz). Beschlüsse wurden hierzu nicht gefaßt.

Norwegen, Dänemark und die Türkei haben den Kriegszustand mit Deutschland beendet. Jugoslawiens Außenminister kündigte den gleichen Schritt bis Ende nächster Woche an.

Der amerikanische Hohe Kommissar John J. McCloy empfing eine Delegation des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Bad Godesberg, um die mit der geplanten Auflösung der deutschen Kohlenverkaufsorganisation zusammenhängenden Fragen zu erörtern.

## Blick in die Welt

Kommentare zum Tagesgeschehen

Nach dem augenblicklichen Stand der Dinge in Persien werden die Briten bereit sein müssen, mindestens vorübergehend auf den Abtransport des Öls oder Benzins aus Abadan zu verzichten. Sie nehmen wohl an, daß die Perser nicht in der Lage sein werden, Bohr-türme und Raffinerien in geordnetem Betrieb zu halten, wenn die britischen Fachleute abziehen und neue mindestens nicht rechtzeitig zur Stelle sein werden. Schon heute findet das aus den Quellen weiter fließende Öl nur noch Unterkunft in den großen Vorratstanks, deren Fassungskraft jedoch bald erschöpft sein wird. Dann müssen die Quellen zugestopft werden. Auch dies wird sich technisch noch bewerkstelligen lassen. Wann, wie und von wem werden sie aber wieder zum Laufen gebracht werden?

Zunächst einmal ist nur eines sicher: der Ausfall der Erdölproduktion wird mit Gewißheit den finanziellen Ruin Irans selbst mit sich bringen. Denn seine Staatseinnahmen sind in erster Linie von den wenn auch schädlichen Konzessionsabgaben der Anglo-Iranian abhängig. Für die britische und westeuropäische Ölversorgung würde der Verlust des persischen Öls zunächst zwar ein harter Schlag, aber noch kein Knock-out werden. Der Ausfall von rund 32 Millionen Tonnen Rohöl wäre sehr schwerwiegend, der der Raffinerie-Kapazität von Abadan noch härter, aber: in Saudi-Arabien, El Kuwait, auf den Bahrain-Inseln haben die amerikanischen Öl-Konzerne in den letzten Jahren noch weit größere Vorkommen als das persische erbohrt, die schon heute über 45 Millionen Tonnen jährlich erbringen.

Die Amerikaner brauchen hier nur im wahren Sinn des Wortes die Hände voll aufzudrehen, um in verhältnismäßig kurzer Zeit die Produktion stark zu erhöhen. Da sie weit bessere Abgaben an Ibn-Saud und die anderen Machthaber im vorderen Orient bezahlen als die Briten bisher an Persien, wird man in Arabien kaum Lust verspüren, aus moslemitischer Solidarität den Amerikanern Schwierigkeiten zu bereiten. Schlimmstenfalls wird also bei dieser Umlagerung eine weitere Schmälerung der britischen Erdölmacht zu Gunsten der amerikanischen und eine Verschlechterung der Dollarbilanz Englands herauskommen.

Natürlich würden die Sowjets in Persien gerne den lachenden Dritten spielen. Ein „Schluck aus der Erdölpalette“ von über 30 Millionen Tonnen pro Jahr käme ihnen bei der begrenzten Ausdehnungsfähigkeit ihrer eigenen Erzeugung sicher gerade recht. Dem stehen jedoch politisch das gegenteilige Interesse der persischen Großgrundbesitzer, und wirtschaftlich die Unmöglichkeit eines Abtransportes des südpersischen Öls über Land oder per Tanker nach Sowjetrußland entgegen. Irgendwann und irgendwie müßte daher ein Kompromiß zwischen Persien und den Engländern — vielleicht unter Führung der Amerikaner — fällig werden.

Die fragwürdige Kohleversorgung des kommenden Winters läßt wieder die Gefahr eines übersteigerten Brennholzbedarfs heraufziehen. Schon während des Kriegs wurde im Wege außerordentlicher Durchforschungen jeder eben noch entbehrliche Stamm aus unseren Wäldern herausgeschlagen. Dann müßten in den Jahren 1945—1948 umfangreiche Kahlschläge auf Veranlassung der Besatzungsmächte durchgeführt werden. Die Kahlfächen erreichten 1948 den Stand von 420.000 ha oder durchschnittlich 7% der gesamten Waldfläche der Bundesrepublik. Da eine umgehende Wiederaufforstung die einen Aufwand von rund 400 Millionen DM erfordern würde, nicht möglich war, ist mit nachhaltigen landeskulturellen Folgeschäden zu rechnen.

Die ungünstigen Auswirkungen dieser Großkahlschläge reichen nämlich noch weiter über die unmittelbar betroffenen Flächen hinaus. Der Wald hat im Gesamthaushalt der Natur lebenswichtige Aufgaben zu erfüllen. Er reguliert den Wasserhaushalt des Bodens, verhindert oder mildert die Hochwasserbildung, sorgt für gleichmäßigen Wasserabfluß in Trockenzeiten, schützt das Ackerland vor Austrocknung und Winderosion und insbesondere das bergige Land auch vor Wassererosion. Damit sichert er die Bodenfruchtbarkeit des Landes schlechthin.

Heute haben wir in vielen Teilen Nordwest-Deutschlands bereits erhebliche Sandverwehungen. Der Wasserhaushalt großer Gebiete, insbesondere z.B. des gesamten Ruhrbereichs, ist empfindlich gestört. Eine möglichst schnelle Wiederaufforstung, welche eine besonders günstige Einsatzmöglichkeit für einen freiwilligen Arbeitsdienst darstellen würde, ist daher im Interesse der gesamten Landeskultur dringend geboten.

Die westdeutsche Kohle wird in Zukunft einen „restallinen Markt“ haben. Der bisher

einheitliche Inlandspreis, neben dem bekanntlich ein selbständiger, künstlich niedrig gehalten Exportpreis besteht, wird jetzt gespalten. Der Großteil des inländischen Verbrauchs, vor allem auch ein Hausbrand, soll auch in Zukunft zu unveränderten Preisen beliefert werden. Dagegen soll die sogenannte Produktionspitze, d. h. der über 373 000 Tonnen Tagesförderung hinausgehende Anteil, künftig zu einem Aufpreis von 35 DM je Tonne an solche industriellen Betriebe zusätzlich abgegeben werden, bei denen der Kohleanteil in ihren Gesteinskosten so unwesentlich zu Buch schlägt, daß sie den Mehrpreis ohne Erhöhung ihrer Fertigwarenpreise verkraften können.

Bislang liegt die freie Spitze aber erst bei ca. 5000 Tonnen pro Tag. Es müßte also schon eine nachhaltige Förderungssteigerung eintreten, wenn die freie Spitze wirkliches Gewicht bekommen soll. Der Mehrerlös für die Zechen aus diesem gespaltenen Markt soll bekanntlich zur Finanzierung des neuen Lohn- und Gehaltsabkommens im Steinkohlenbergbau dienen. Dieser Umweg eines gespaltenen Marktes ist im übrigen nur deshalb notwendig, weil die Ruhrbehörde bisher an eine Erhöhung des Exportpreises für deutsche Kohle nicht heranzubringen ist. Im Gegenteil: wir sind darüber hinaus noch zur Einfuhr erheblicher Kohlenmengen aus USA zum Mehrfachen unseres Exportpreises gezwungen. Dr. R.

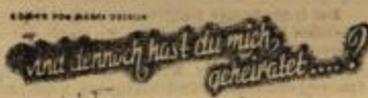
**Die seelische Not der Ostzonenbevölkerung**

**Gegensätze Ost-West beim Evang. Kirchentag**  
Berlin (UP). In den Diskussionen der Arbeitsgemeinschaften des Evangelischen Kirchentages in Berlin wurden in verstärktem Maße die Gegensätze zwischen westlicher und östlicher Auffassung deutlich. Mit 9000 Besuchern waren die Werner-Seelenbinder-Halle im Sowjetsektor und das Westberliner Messelgelände überfüllt.

Vor der Arbeitsgruppe „Brüder in der Kirche“ grenzte Propst Janicke aus Halle die Gemeinde gegen die modernen politischen Organisationsformen ab. „Und wenn einer meint, das Leben einer christlichen Gemeinde bestehe darin, daß man zu allen anderen Sollen auch noch ein christliches Sollen zu erfüllen hat, so befindet er sich in demselben fundamentalen Irrtum wie derjenige, der die Gemeinde mit einem Haufen von Idealisten verwechselt“, rief der Hallenser Propst in die überfüllte Halle im Sowjetsektor hinein. Ihm versuchte der Ostberliner Bürgermeister Gohr (Ost-CDU) mit der Feststellung zu begegnen: „Wir begrüßen die große Friedensbewegung, die von der Sowjetunion getragen wird.“ Starkes Hästeln und Räuspern zeigte an, inwieweit die Zuhörer in der vollbesetzten Halle mit Gohr nicht übereinstimmen.

Über die „seelische Not der Bevölkerung der Sowjetzone“ berichteten 20 Diskussionsredner in der Arbeitsgruppe „Kirche im Volk“. Ein 17-jähriger Schüler aus der Lausitz rief aus: „Ich muß dauernd lügen, ich muß meine Seele verkaufen.“ Eine Schulkamradin aus Thüringen schilderte, sie sei täglich gezwungen, „die brutale Vergewaltigung der göttlichen Kinder“ mitzuerleben. Ein Arbeiter aus Sachsen appellierte an die Teilnehmer, den fehlenden Mut von diesem Kirchentag mit nach Hause zu nehmen.

Eine große Auseinandersetzung brachte die Referate und Diskussionen der Arbeitsgruppe „Brüder bei der Arbeit“. Der Präses der Landesynode Sachsen, Mager aus Dresden, stellte an die „Männer des Staates“ die Frage: „Habt ihr nicht selbst Angst vor Menschen, die innerlich zerbrochen sind und die auch Euch zu zerbrechen drohen? Es ist keine Ordnung, wenn Menschen mit ihrer Meinung nicht frei herauskommen können. Verlangt nicht nach Leistungen, die durch Täuschungen herbeigeführt werden.“ Er forderte eine staatliche Ordnung, in der sich der Christ innerlich aufrecht beweisen könne.



Roman-Verlag Dötsch & Holl, München 15

Edith Otting war totenblau geworden. Entsetzt sah sie ihren Onkel an. „Nein, Onkel Bernd! Das ist nicht wahr... das kann doch nicht wahr sein. Es ist doch auch gar nichts vorgefallen! Wie käme denn Karl-Egon dazu!“

Der alte Herr sah mit zärtlichem und traurigem Blick auf das junge Mädchen hernieder. „Setz dich, Edith“, sagte er dann ernst. „Glaube mir, es tut mir bitter leid, daß ich dir das sagen muß. Aber sollte ich denn warten, bis dir vielleicht gute Freundinnen zutragen, daß Karl-Egon um Meta Sibelius angehalten hat? Du mußt dich damit abfinden und wirst ihn auch vergessen...“

Edith Ottings Gesicht lag tief im Schatten. Aber der alte Herr sah den tiefen Schmerz und die unfähige Bitterkeit dieses Vertrauensbruchs deutlich darin. Und auch der Zweifel meldete sich.

„Ich kann es nicht glauben, Onkel Bernd! Karl-Egon ist doch erst vor vier Wochen gefahren und da war noch alles in Ordnung. Du weißt, er wollte auf seinem Werk nach dem Rechten sehen und nach seiner Rückkehr sollte unsere Verlobung veröffentlicht werden...“

„Hast du mit Papa darüber gesprochen, Edith?“

Über das schöne Gesicht des jungen Mädchens strich eine flüchtige Röte.

**Atlantikmächte brauchen 18000 Flugzeuge**

Die USA sollen 150 Geschwader aufstellen - Ernste Warnungen Bradleys

**Seoul (UP).** Die Aussichten für eine baldige Wiederabnahme der Waffenstillstandsverhandlungen sind geringer geworden, nachdem sowohl General Ridgway als auch die kommunistischen Führer nicht gewillt scheinen, Konzessionen bei der Zulassung von Pressevertretern zu machen.

Der nordkoreanische General Nam Il hat angeboten, die Verhandlungen unter der Bedingung wieder aufzunehmen, daß die strittige Frage bei den Verhandlungen durch beiderseitige Übereinkunft entschieden wird. General Ridgway, der Oberkommandierende der UN-Truppen, ist dem Vorschlag durch neue, scharfe Forderungen entgegengetreten. Er verlangte im einzelnen: 1. einen neuen Verhandlungsort im Zentrum von Kaesong mit einer neutralen Zone von fünf Kilometern im Umkreis. 2. Beide Seiten nehmen von allen „feindlichen Handlungen“ in dieser Zone während der Konferenzdauer Abstand. 3. Dieses Gebiet sowie alle Straßen, die in dieses Gebiet führen, dürfen von keinen bewaffneten Mannschaften besetzt sein. 4. Das gesamte Personal in der neutralen Zone hat sich auf 150 Mann zu beschränken. 5. Die Zusammensetzung der Delegationen ist den einzelnen Delegationsleitern selbst überlassen (Ridgway betrachtet Pressevertreter als einen „integralen“ Bestandteil einer Delegation). 6. Über die im Konferenzraum anwesenden Personen muß von beiden Seiten eine beiderseitige Zustimmung vorliegen. Eine Antwort auf diese Forderungen, die dem nordkoreanischen Oberkommandierenden Kim Il Sung und dem Kommandeur der chinesischen „Freiwilligen“, General Peng Teh Hua, übermittelt wurden,

ist von kommunistischer Seite noch nicht eingegangen.

Ridgway, der in seiner Botschaft den Kommunisten die volle Verantwortung für den Abbruch der Verhandlungen zuschob, erklärte: „Der Abbruch der Verhandlungen und die Verzögerung in der Wiederaufnahme der Besprechungen durch die alliierte Delegation ist lediglich auf die unverünftigen und unnötigen Restriktionen (gegen die alliierte Pressedelegation), gegen die meine Vertreter wiederholt protestiert haben, zurückzuführen.“

Von seiten des US-Verteidigungsministeriums wird die Ansicht vertreten, daß der Streit um die Berichterstatter nicht „der Anlaß sein wird, der die Konferenz zum Scheitern bringt“. General Ridgways Entschluß, die Verhandlungen zu unterbrechen, bis die Angelegenheit mit den Berichterstattern geklärt sei, findet beim US-Kongreß starke Unterstützung.

Außenminister Acheson sagte in Washington, daß sich die Besprechungen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit abspielen müßten. Man könne nicht verhandeln, wenn eine Seite kommen und gehen könne, wie es ihr beliebt, und die andere Seite sich den Anordnungen der ersten fügen müsse.

Am Mittelabschnitt der Front und in der Luft gingen indessen die Kämpfe weiter. Bei Kumsong gewannen die Truppen der Alliierten etwa 2 km an Boden, blieben aber dann im Abwehrfeuer der Kommunisten liegen. Am östlichen Frontabschnitt herrschte Kampfruhe. Superfestungen und Jagdbomber vom Typ F-80 griffen den Güterbahnhof bei Sunchon an.

**Neue Forderungen General Ridgways**

Neutraler Verhandlungsort und gleiche Bedingungen verlangt

**Washington (UP).** Der republikanische Senator Lodge forderte in einem Sonderausschuß für Militärausgaben die Verstärkung der amerikanischen Luftstreitkräfte auf 150 Geschwader. Allein 18 000 Flugzeuge sollten die USA nach Europa schicken.

Das „Weiterwursteln“ in der Aufrüstung müsse aufhören, sagte Lodge, sonst sei eine Katastrophe für die USA und die westliche Welt nicht zu verhindern. In Europa müßten die Westmächte in der Luft eine zahlenmäßige Überlegenheit von 2:1 gegenüber der Sowjetunion aufweisen. Kern der westlichen Luftstreitkräfte in Europa müßten taktische Fliegerverbände bilden, die den Landtruppen Unterstützung zu leisten könnten.

Nach seinen Schätzungen seien die taktischen Angriffsverbände der Sowjetunion und ihrer Verbündeten in Europa etwa 9000 Flugzeuge stark. Die Atlantikpakt-Mächte bräuchten daher mindestens 18 000 Flugzeuge, von denen die USA 3000 bauen und bemannen müßten. Weitere 6000 Flugzeuge müßten sie an ihre Verbündeten liefern.

Die von Lodge vorgeschlagene amerikanische Luftstreitmacht würde sich wie folgt aufgliedern: 38 Geschwader Jagdflugzeuge, 62 Geschwader Lang- und Mittelstreckenbomber und 50 Geschwader taktischer Luftstreitkräfte (Jagdbomber und leichte Bomber).

General Bradley forderte eine Fortsetzung und nach Möglichkeit eine Erweiterung des amerikanischen Waffenhilfeprogrammes, weil die östliche Verteidigungslinie der USA nach wie vor „im Herzen Europas“ liege. Der General wies darauf hin, daß die USA dem Nordatlantikpakt beigetreten seien, weil sie Verbündete bräuchten, weil sie mit dem indu-

striellen Potential Europas als „einem kritischen Faktor“ in der westlichen Welt rechneten und weil außerdem die geographische Lage Westeuropas zur eigenen Sicherheit beitrage. Der Pakt diene der Abwehr und als Abschreckungsmittel gegen eine Aggression.

Die in den ersten zwei Jahren seit Inkrafttreten des Paktes erzielten Fortschritte seien zufriedenstellend. Darum empfehle er eine Fortsetzung und nach Möglichkeit eine Erweiterung des Programmes. Die Erhöhung der Militärbudgets in den Mitgliedstaaten lasse vermuten, daß sie an einer Verbesserung ihrer Verteidigungsbereitschaft interessiert seien. Niemand wisse jedoch, ob die freie Welt genügend Zeit zur Stärkung gegen einen Aggressor habe.

**Geheim Stützpunkt-Gelder**  
Der Militärausschuß des US-Repräsentantenhauses befürwortete in geheimer Sitzung eine Gesetzesvorlage, wonach die Luftstreitkräfte 1 071 638 000 Dollar zum Ausbau neuer Stützpunkte im Ausland und im Gebiet der USA selbst erhalten sollen. Der Inhalt des Gesetzesentwurfes wird geheimgehalten. Das Plenum wurde von der Regierung gebeten, die Vorlage zu billigen, ohne sie gesehen zu haben.

Die amerikanische Marine gab bekannt, daß sie einen 39 000 Tonnen großen Flugzeugträger mit einem Kostenaufwand von 218 Millionen Dollar in Auftrag gegeben habe. Die Bauzeit soll drei Jahre betragen. Das Riesenschiff wird eine einziehbare „Insel“ erhalten, die es selbst Großbomben gestatten wird, auf ihrem Flugdeck zu starten und zu landen. Das Schiff wird fast 350 m lang und sein Flugdeck 83 m breit sein.

**Verordnung Balduins am Dienstag**

**Brüssel (UP).** Der zwanzigjährige Prinz Baldwin (Baudouin) wird am Dienstag als fünfter König von Belgien vereidigt werden. Prinz Baldwin, Albert, Karl, Leopold, Axel, Marie, Gustav folgt seinem 49-jährigen Vater Leopold III. auf den Thron. Die Vereidigung wird im belgischen Parlament erfolgen. Sein Vater wird am Montag offiziell zugunsten seines Sohnes abdanken.

**Streit um Flüchtlingskonvention**

Einwände der Bundesrepublik

**Genf (UP).** Über die Definition des Begriffes „Flüchtling“ und die Ansprüche und Rechte der Flüchtlinge ist in Genf ein erbitterter Streit ausgebrochen. Die Vertreter von 32 privaten Hilfsorganisationen wachen den Delegierten von 24 Regierungen den Vorwurf, eine Konvention auszuarbeiten, die in keiner Weise auf die Lage der Flüchtlinge Rücksicht nimmt.

Der Delegierte der deutschen Bundesrepublik, Dr. v. Trutzschler, erklärte, seine Regierung werde die Konvention nicht billigen, solange nicht eine Bezugnahme auf die Charta des Internationalen Militärtribunals in Nürnberg gestrichen worden sei. In der jetzigen Form schreibt der Entwurf vor, daß die Konvention nicht für Personen gelten soll, die Kriegsverbrechen laut Artikel 6 der Charta des Nürnberger Gerichts begangen haben. Trutzschler sagte, die Bundesregierung wolle keineswegs Kriegsverbrecher in den Schutz der Konvention stellen. Doch solle man ihrer Ansicht nach den Begriff „Kriegsverbrecher“ mit dem entsprechenden Absatz der Rot-Kreuz-Konvention von 1949 und nicht mit Artikel 6 der Charta des Nürnberger Gerichts definieren.

**De Gasperi für Kabinetts-Umbildung**

**Rom (UP).** Der italienische Ministerpräsident de Gasperi erklärte sich „prinzipiell“ mit einer Umbildung seines Kabinetts einverstanden. Beabsichtigt ist die Aufnahme der Liberalen und Rechtssozialisten in die Regierungskoalition. Der Ministerpräsident, der auf einer Zusammenkunft der Parlamentsgruppen seiner Partei, der Christlich Sozialen, eine Ansprache hielt, meinte aber, daß die endgültige Entscheidung über eine Umbildung der Regierung erst nach den letzten Gemeindevahlen dieses Jahres im Oktober erfolgen könne.

**Sehr schwierige Aufgabe Harrimans**

London über seine Iran-Reise wenig erfreut

**Teheran (UPI).** In unrichtigten Kreisen der iranischen Hauptstadt ist man über die bevorstehenden Verhandlungen Harrimans nicht optimistisch, sondern betont, daß es Trumans Sonderberater schwer fallen dürfte, den Ölstreit einer Lösung zuzuführen. Ein Führer der iranischen Nationalisten, Baghat, erklärte: „Wenn Harriman ein gerecht empfindender Mensch ist, muß er den Briten empfehlen, ihre Haltung zu ändern. Wenn er es nicht tut, wird sein Besuch unsere Politik nicht beeinflussen.“

Die britische Regierung ließ klar durchblicken, daß sie über den Entscheid Präsident Trumans, Sonderberater nach dem Iran zu senden, nicht sonderlich erfreut ist. Die konservative „Daily Mail“ schrieb: Präsident Truman hat durch die Entsendung ohne Zweifel in bester Absicht gehandelt und wir schulden ihm Dank. Aber welche Zugeständnisse des Versagens unserer eigenen Regierung. Einem großen britischen Posten in Übersee steht bevor, ausgelöst zu werden, und unsere Führer tun nichts dagegen. Würde Amerika in derselben Lage, in der wir uns jetzt befinden, ein ähnliches Angebot von uns annehmen? Unwahrscheinlich! Sie würden sagen, sie stien imstande, ihre Angelegenheiten selbst zu erledigen.“

„Nein“, sagte sie stockend. „Ich weiß nicht, mir war immer so, als hätte Papa etwas gegen Karl-Egon. Ich wollte warten, bis er zurückkam. Glaubst du wirklich, er würde unserer Verbindung etwas entgegenzusetzen haben?“

Bernhard Möllers nahm die Hand seiner Nichte in die seine.

„Ja, Edith, das glaube ich bestimmt. Und mit Recht. Karl-Egon ist dein Vetter und wir alle kennen ihn genug. Ein lebenswürdiger Gesellschafter, ein eleganter Sportsmann, gut, das gebe ich zu. Aber auch leichtsinnig, verschwenderisch, oberflächlich. Edith! Glaube mir, Edith, ich hätte in der Verbindung mit ihm kein Glück für dich gesehen. Wie hat er die beiden Stahlwerke vernachlässigt! Nein, Edith, der Mann bietet keine Garantie für eine Ehe!“

Er wollte noch etwas hinzufügen, aber er wurde unterbrochen.

Edith Otting war aufgesprungen. Ruhelos ging sie im großen Zimmer auf und ab. „Ich weiß“, sagte sie heftig. „Ihr könnt ihn nicht leiden und deshalb wollt ihr mir nun einreden, er habe um Meta Sibelius angehalten. Aber ich werde noch heute an ihn schreiben und ihn fragen. Es muß ein Mißverständnis sein und alles wird sich aufklären.“

„Du kannst es einfacher haben, Edith“, sagte Bernhard Möllers ruhig. „Rufe ihn an. Oder weis du nicht, daß er schon seit vierzehn Tagen wieder in Berlin ist?“

Edith Otting fuhr herum. „Hier in Berlin? Und ich weiß nichts davon?“

Sie schwankte und wäre gefallen, wenn nicht Bernhard Möllers hastig zugesprungen wäre, um sie aufzufangen. Er führte sie vorsichtig zu einem Divan und bettete sie.

„Ja, Edith, ich glaube, jetzt wird dir wohl alles klar. Wann hat Karl-Egon dir zuletzt geschrieben?“

Das junge Mädchen antwortete nicht. Bitterkeit und Qual malten sich deutlich in den feinen Zügen.

Einige Minuten lag sie regungslos. Möllers betrachtete sie besorgt.

„Soll ich dir etwas besorgen, Edith? Fehlt dir etwas?“

Das Gesicht des jungen Mädchens veränderte sich. Ein harter, entschlossener Zug legte sich um den schön geschwungenen ausdrucksvollen Mund.

„Nein“, sagte sie. „Aber bitte erzähle mir... sag mir alles was du weißt.“

„Edith“, sagte Bernhard Möllers weich. „Warum denn? Du bist müde, fühlst dich angegriffen. Ein andermal werde ich dir alles sagen.“

„Nein“, beharrte sie hartnäckig. „Ich will alles wissen, Onkel Bernhard!“

„Nun gut“, sagte er schließlich seufzend. „Daß zwischen dir und Karl-Egon Beziehungen bestanden, die über das Verwandtschaftliche hinausgingen, habe ich längst bemerkt, daß aber etwas Bindendes zwischen euch abgemacht wurde, war mir unbekannt. Schon neulich hörte ich im Klub von einer Verbindung zwischen Meta Sibelius und Karl-Egon. Ich legte der Sache keine Bedeutung bei, nahm an, es sei Geschwätz. Heute allerdings...“

„Was war denn heute, Onkel Bernhard?“ „Heute“, fuhr Bernhard Möllers erregt fort, „hörte ich ein Gespräch zwischen Max Sibelius und einem anderen Volontär. Du weißt ja, augenblicklich sind zwei Volontäre auf den Ottingwerken, darunter auch Max Sibelius, der Bruder von Meta Sibelius. Leichtsinrige, junge Gecken beide, die

das Geld ihres Vaters mit vollen Händen ausgeben und für die die Volontärzeit keine ernste kaufmännische Lehre ist, sondern nur eine sportliche Abwechslung. Ich stand in dem Arbeitsraum der beiden jungen Leute und suchte ein Aktüestück in einem Wandschrank. Die beiden konnten mich nicht sehen. Ich hörte, daß Max Sibelius von der Verlobung erzählte und den anderen jungen Volontär aufforderte, doch einmal zu ihnen zu kommen. Als sie mich sahen, waren sie natürlich erstarrt. Ich sagte dem jungen Sibelius, daß ich unfreiwilliger Zeuge ihres Gespräches gewesen sei und fragte nach der bevorstehenden Verlobung. Er wurde etwas verlegen, erzählte mir aber dann, daß die Verlobung in Kürze stattfinden würde. Das Brautpaar kenne sich erst seit kurzem... Er bat um strengste Discretion, die ich ihm zusicherte...“

Edith Otting schluckte wild auf. Tränen stürzten aus ihren Augen.

„Aber weshalb denn, Onkel? Warum? Warum?“

„Warum, Edith? Eine dreifache Sache! Geld! Meta Sibelius hat viel Geld. Eine gute Partie, verstehst du?“

„Aber das braucht Karl-Egon doch nicht! Seine beiden Werke...“

„... stehen vor dem Ruin, Edith! Er kann nicht wirtschaften, ein sinnloser Verschwender, ein uninteressierter Kaufmann... Das Geld seiner Frau garantiert ihm ein sorgenloses Leben...“

„Aber Papa hätte ihm doch auch geholfen...“

Bernhard Möllers wich dem Blick der fragenden Augen aus. Er ging langsam im Zimmer auf und ab.

Fortsetzung folgt.

### Umschau in Karlsruhe

**Baugerüst an einer Ruine stürzte ein**  
 Karlsruhe (swk). An einer Hausruine im Karlsruher Stadtzentrum, die jetzt abgerissen werden sollte, stürzte ein Teil eines hohen Baugerüsts ein. Merkwürdigerweise ließ man die hohe beschädigte Erkerfront an der Straßenecke bis zuletzt stehen, ohne sie genügend abgestützt zu haben. Nach dem Gerüstesturz wurde die Feuerwehr alarmiert, die die schwankende Balkonfassade buchstäblich im letzten Augenblick mit schweren Bohlen abfangen konnte. Die Insassen der die Straßenkreuzung passierenden Straßenbahnzüge und zahlreiche Fußgänger waren aufs höchste gefährdet. Einige Frauen erlitten wegen der plötzlich drohenden Gefahr Nervenzusammenbrüche und Schreikämpfe. Der gesamte Straßenbahnverkehr wurde umgeleitet.

**Karlsruhe. Ein verheirateter 85 Jahre alter Rentner wurde von einem Kraftfahrer angefahren und zu Boden geschleudert. Der alte Mann erlitt so schwere innere Verletzungen, daß er wenige Stunden nach dem Unfall im Krankenhaus starb.** (swk)

**Karlsruhe. Der Prozeß gegen den 41 Jahre alten Kraftfahrer Albert Stanek ist vom Karlsruher Landgericht auf Anfang September verschoben worden. Stanek soll seine Geliebte erstochen haben.** (lwb)

Die Insel, ein neugegründetes Privattheater in Karlsruhe, wird am 19. Juli seine Eröffnungsvorstellung geben. Zur Aufführung gelangt „Gottes Utopia“ von Stephan Andrus.

### Aus der badischen Heimat

**Lebenslänglich für Ralsch beantragt**  
 Pforzheim (dwb). Im Prozeß gegen Ralsch beantragte der Staatsanwalt, den Angeklagten zu lebenslangem Zuchthaus zu verurteilen. Der Offizialverteidiger plädierte auf Freispruch. Er sagte, es bestünden nach seiner Ansicht beschließliche Zweifel an der Schuld des Angeklagten. In seinem Schlusswort erklärte Ralsch: „Ich stehe nicht hier, weil ich Herrn Bertsch getötet habe, sondern weil die Kriminalpolizei unfähig war, den wirklichen Täter zu finden und ein Opfer brachte, um eine Blamage zu vermeiden. Ich bitte nicht um Gnade und auch nicht als Schuldloser vor Ihnen stehen.“ als Schuldloser von Ihnen stehen.“

**Ralsch bezeichnet Lisewsky als Täter**  
 Pforzheim (dwb). Im Prozeß gegen den 24 Jahre alten Kraftfahrer Fritz Ralsch, der angeklagt ist, den Pforzheimer Kohlenhändler Bertsch ermordet zu haben, wurde die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Ein Arbeitskamerad Ralschs berichtete, daß ein Fremder, der von Ralsch als Haupttäter bezeichnete Pole Lisewsky, eines Tages den Angeklagten an seinem Arbeitsplatz besucht habe. Die Beschreibung dieses Mannes durch den Zeugen stimmte mit der einer anderen Zeugin überein, die Lisewsky etwa eine Woche vor der Tat in der Nähe der Kohlenhandlung Bertschs beobachtet hatte, wie er sich angeblich ein Bild von den Vorgängen im und um den Betrieb zu machen versuchte.

**Der Ehering in der Nähmaschine**  
 Mosbach (dwb). Nach 40 Jahren fand ein 75 Jahre alter Landwirt aus Oberscheffeln im Kreise Mosbach seinen Ehering wieder, den er seinerzeit bei Feldarbeiten verloren hatte. Der Sohn des Bauern entdeckte plötzlich, als die Nähmaschine beim Grassähen nicht mehr recht funktionierte, daß an einem Zahn des Schneidmessers ein goldener Ring steckte, den sein Vater an den eingravierten Daten sofort als seinen Ehering erkannte.

**18 Studenten lehnten Mensuren schlagen ab**  
 Heidelberg (dwb). Aus der Heidelberger Korporation „Rheno-Palatia“ sind kürzlich 18 Studenten ausgetreten, weil die alten Herren ihrer Korporation von ihnen verlangt hatten, sie sollten sich ehrenwörtlich verpflichten, das Prinzip des Mensuren schlagen zu bejahen und entsprechend zu handeln. In der Korporation war kurz nach einer Erklärung des Heidelberger Studentenausschusses, in der dieser das Schlagen von Mensuren in studentischen Korporationen abgelehnt hatte, eine Diskussion über diese Frage entstanden. Durch den Austritt der Studenten hat die Korporation etwa 90 Prozent ihrer Mitglieder verloren.

**Abenteuerliche Flucht „Bimbos“**  
 Mannheim (dwb). Ein 21 Jahre alter Gefangener, der gegenwärtig wegen einer Diebstahlsache im Mannheimer Polizeigefängnis in Untersuchungshaft sitzt, ist ausgebrochen. Der junge Mann, der den Polizeibeamten unter seinem Spitznamen „Bimbo“ gut bekannt ist, hatte sich von einem Polizeibeamten zur Toilette führen lassen. Bei der Rückkehr in die Zelle drehte sich der Gefangene plötzlich um und streckte den Polizeibeamten mit mehreren wuchtigen

Fausthieben nieder. Er schlug dann außerdem noch mit dem Schlüsselbund, an dem die Zellen Schlüssel hängen, auf den Beamten ein. Dann öffnete er die Haupttür des Gefängnisses und verschwand. Bisher konnte er noch nicht festgenommen werden.

**Wirbelstürme schlugen zwei Männer vom Baum**  
 Lörrach (dwb). Zu Beginn des Hagelwetters vom Mittwoch wurden zwei Landwirte aus Lörrach-Stetten, die Kirschen brüchen, mit dem Baum durch eine Wirbelstürme zu Fall gebracht. Dabei wurde einer von ihnen verletzt. Am Donnerstag brach einem 65 Jahre alten Landwirt die Leiter während des Kirschenschnüdens zusammen. Er stürzte ab und erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald darauf starb.

**Keine Staatshilfe für Hagelgeschädigte**  
 Lörrach (dwb). Staatspräsident Wobbe besichtigte die Unwetterschäden, die in zahlreichen Gemeinden des vorderen Wiesentals und des Markgräfler Landes entstanden sind. Die Gemeinden hatten Wobbe telegraphisch um finanzielle Hilfe für die gegen Hagel nicht versicherten und angesichts des totalen Ausfalles der Ernte in ihrer Existenz gefährdeten Landwirte gebeten. In einer Unterredung mit den lokalen Behörden wies Staatspräsident Wobbe darauf hin, daß es der badischen Landesregierung kaum möglich sein werde, den nicht gegen Hagelschlag versicherten Landwirten im badischen Südwesten finanziell beizustehen. Das Land bezahle jährlich zwei Millionen Mark an die Norddeutsche Hagelversicherung, um den Landwirten die Mitgliedschaft bei der Versicherung zu ermöglichen. Wenn es viele Bauern trotzdem vorgezogen hätten, sich nicht versichern zu lassen, so sei dies nicht die Schuld des Landes. Wobbe versicherte aber, er werde trotzdem im badischen Kabinett die große Notlage der nicht versicherten Wiesentaler und Markgräfler Landwirte zur Sprache bringen.

**St. Georg auf Reichenau wird renoviert**  
 Konstanz (CND). An einer der ältesten und kunstgeschichtlich wertvollsten Kirchen des oberdeutschen Raumes, der 1000jährigen St. Georgskirche auf der Insel Reichenau, ist jetzt mit der Freilegung der Außenmauern vom bisherigen, schadhafte Verputz begonnen worden. Die umfangreichen Erneuerungsarbeiten haben eine würdige Wiederherstellung dieses Kleinodts ottonischer Baukunst zum Ziel. Der Restaurierungsplan sieht außer einem dauerhaften, der Bauart angepaßten neuen Außenverputz u. a. die Vermauerung des stürzenden Fensters im Chorabschluß, eine Dämpfung des Lichts der südlichen Seitenschiffenster, ferner nach Beseitigung unpassender Ausstattungsstücke eine dem Stilcharakter entsprechende Neugestaltung von Chorraum und Hochaltar vor. Außerdem ist der Einbau einer unauffälligen Orgel geplant. Der großartige Gemäldezyklus an den Hochschiffwänden aus dem 11. und 12. Jahrhundert mit der Darstellung der Wundertaten Christi, der schon vor 25 Jahren dauerhaft fixiert wurde, bleibt unberührt. Da für die vorgesehenen Arbeiten zum größten Teil noch die Mittel fehlen, ist zunächst nur die Außenrenovierung möglich. Kirche und Denkmalschutz hoffen, mit Spenden und Zuschüssen die Erneuerung fortzuführen und vollenden zu können.

**Katholische Jugendorganisationen zugelassen**  
 Freiburg (CND). Das erzbischöfliche Ordinariat in Freiburg hat die Zulassung sämtlicher dem Bund der Deutschen Katholischen Jugend als Gliederungen angeschlossenen Jugendorganisationen für den Bereich der Erzdiözese Freiburg genehmigt. Die Zulassung bedarf in jedem einzelnen Falle eines Antrags bei der Kirchenbehörde. Sie betrifft vor allem den Schülerbund „Neudeutschland“, die „Deutsche Pfadfinderschaft St. Georg“, den „Bund der Katholischen Deutschen Kaufmannsjugend im Verband KKV“ und die „Christliche Arbeiterjugend“.

**Auch künftig wird gemeinsam gebetet**  
 Freiburg (dwb). In Freiburg wird auch in Zukunft gemeinsam gebetet werden. Der Freiburger Stadtrat hat einen Antrag des erzbischöflichen Ordinariats Freiburg auf Trennung der Geschlechter in den Bildern der Stadt mit dem Hinweis abgelehnt, daß bisher noch keinerlei Bestandungen bekannt geworden seien und daß die Gebete bisher ohne irgendwelche Vorkehrungen abgewickelt habe. Der Antrag des Ordinariats wurde von keinem Stadtrat unterstützt. Der zuständige Referent der Stadtverwaltung, Bürgermeister Ruh (SPD), erklärte, das Freiburger Badepublikum habe noch nie Anlaß zu Beschwerden gegeben sowohl in Bezug auf die Badekleidung als auch auf das Benehmen in den Bildern. Oberbürgermeister Hoffmann bestätigte diese Auffassung und sagte, in den Bildern herrsche im allgemeinen eine „moralische Auffassung“, die Unmoralität sei woanders zu suchen.

Freiburg. In Südbaden sind im vergangenen Jahr 14545 Personen gestorben, bei den Todesursachen steht Krebs an erster Stelle. (dwb)

### Aus den Nachbarländern

**Brudermord wegen einer Nichtigkeit**  
 Heilbronn (dwb). In der Spinnerei des Heilbronner Vorortes Sontheim hat sich eine grausame Missetat abgespielt. Wegen eines wichtigen Anlasses geriet der 38 Jahre alte Hausmeister Albert Mangold mit seinem 45 Jahre alten Bruder Wilhelm in Streit. Im Verlauf des Wortwechsels erschlug der jüngere den älteren Bruder mit einem Hammer. Der Streit war dadurch entstanden, daß sich die Brüder über die Art des Bodenbelages nicht einigen konnten, der in der neu herzurichtenden Wohnung des elterlichen Hauses gelegt werden sollte.

**Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung**  
 Ludwigsburg (dwb). Der Leiter der kommunalpolitischen Abteilung im württemberg-badischen Innenministerium, Ministerialrat Dr. Schöneck, erklärte vor Bürgermeister des Kreises Ludwigsburg in Bietigheim, die beim Ministerium vorliegenden Entwürfe für eine neue Kreis- und eine neue Gemeindeordnung sähen eine wesentliche Stärkung der Selbstverwaltung in den Kreisen und Gemeinden vor. Es seien jedoch starke Kräfte am Werk, die mit allen Mitteln eine Ausdehnung der Selbstverwaltung zu verhindern suchten. Schöneck teilte mit, daß die staatlichen Sonderbehörden in die Kreisverwaltungen eingegliedert werden sollten. Das Prinzip der Urwahl bei den Landräten und Bürgermeistern werde beibehalten.

**„Der Bürger im Staat“**  
 Schwäbisch Hall (dwb). Die Arbeitsgemeinschaft „Der Bürger im Staat“ hat auf der Comburg ihre erste Wochenendtagung abgehalten. Auf der Tagung haben 32 Männer und Frauen aus Württemberg-Baden teilgenommen. Über staatspolitische Themen referierten unter anderem Dr. Gerhard, Stuttgart, und der durch seine Veröffentlichungen über kommunalpolitische Probleme bekannt gewordene Publizist Waldemar Kurtz an einer der Diskussionen, die sich bis zum frühen Morgen hinogen, nahm der SPD-Bundestagsabgeordnete Lausen teil. Die Arbeitsgemeinschaft „Der Bürger im Staat“, die die Bevölkerung staatspolitisch aufklären will, wird ihre nächste Wochenendtagung auf der Comburg vom 23. bis 26. August veranstalten.

**Ortskrankenkassen tagten in Weisheim**  
 Weisheim (dwb). Die Leiter der Ortskrankenkassen in Nordwürttemberg und Nordbaden trafen sich in Weisheim zu einer Arbeitstagung. Auf der Tagung wurde besonders begrüßt, daß neben den gynäkologischen Beratungsstellen bei der Universitäts-Frauenklinik in Tübingen, der Städtischen Frauenklinik in Stuttgart und der Stuttgarter Landesheilmannschaft in den übrigen Gebieten des Landes Krebsberatungsstellen geschaffen werden sollen. Es wurde betont, daß auch heute die Ortskrankenkassen bereit seien, die Bekämpfung des Krebses besonders zu fördern und Mittel für die frühzeitige Diagnose der Krebserkrankungen beizustellen.

**Altmeyer: Empfindende Entscheidung des Bundestages**  
 Mainz (dwb). Der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Altmeyer, bezeichnete vor Pressevertretern die Wahl Nürnbergs zum Sitz der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung als eine Tragödie. Rheinland-Pfalz sei überfahren worden und könne dazu nicht schweigen. Die Bundesregierung habe ihr Versprechen, das Land mit einer Bundesbehörde zu bedenken, nicht eingelöst. Unter Hinweis auf die Bundesminister Schäffer und Niklas, die entgegen dem ursprünglichen Regierungsentwurf, der Koblenz als Sitz der Bundesanstalt vorseh, für Nürnberg gestimmt haben sollen, bedauerte Altmeyer besonders, daß die Bundesregierung dadurch selbst die berechtigten Belange des Landes außer Acht gelassen habe. Rheinland-Pfalz werde gegenwärtig wie kein anderes Land der Bundesrepublik für alliierte militärische Zwecke beansprucht und müsse Lasten für ganz Deutschland tragen. Das Land hätte deshalb erwarten können, daß auch der Bundestag dieser Tatsache Rechnung trage.

**129 Strafgefangene amnestiert**  
 Mainz (UP). Der französische Hochkommissar François-Poncet hat 129 deutschen Strafgefangenen, die von französischen Militärgerichten verurteilt worden sind, zum französischen Nationalfeiertag am 14. Juli eine Amnestie gewährt. Nach Mitteilung eines französischen Sprechers wird 92 Verurteilten ein Teil ihrer Strafe erlassen, während 37 Personen freigelassen werden.

**„Volksstimme“ wieder einmal verboten**  
 Stuttgart (dwb). Die Stuttgarter kommunistische Zeitung „Volksstimme“ wurde von der alliierten Hohen Kommission erneut auf 90 Tage verboten. Die Verlags- und Redaktionsräume der Zeitung wurden

von Polizeibeamten versiegelt. Die „Volksstimme“ soll gegen die alliierten Bestimmungen verstoßen haben. Die Zeitung ist bereits zweimal verboten, das letzte Mal vom 30. März bis 28. Juni dieses Jahres.

**Landesausschuß tagte in Bonn**  
 Bonn (dwb). Der auf der letzten Bonner Landeskongress gebildete württemberg-badische Landesausschuß, dem sechs Bundestagsabgeordnete und die Mitglieder der Landesregierung angehören, erörterte in einer internen Sitzung in Bonn die Überleitung der Gelder des Arbeitsstocks an den Bund im Rahmen der Errichtung der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Außerdem standen die Investitionshilfe für die deutsche Wirtschaft, die Aufwandssteuer und das neue Arbeitsbeschaffungsprogramm der Bundesregierung in Höhe von 200 Millionen DM zur Sprache. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Die Regierung führte lediglich den Bundestagsabgeordneten die besonderen Anliegen des Landes in diesen Fragen vor.

### VOM TAGE

**Thomas Dewey, der Gouverneur von New York, der sich zur Zeit auf einer Fernostreise befindet, wurde vom japanischen Kaiser Hirohito zu einer einstündigen Audienz empfangen.**

**Werner von Grundherr, der neue deutsche Gesandte in Griechenland, überreichte König Paul sein Beglaubigungsschreiben.**

**Das Bundesjustizministerium hat dem hannoverschen Oberstaatsanwalt im Zusammenhang mit der Verschleppung des KPD-Abgeordneten Müller belastendes Material gegen Max Reimann übermittelt. Man erwartet daher die Wiederaufnahme des Verfahrens.**

**Die Bundesregierung hat dem brasilianischen Generalkonsul in Hamburg, Victor Ferreira da Cunha, das Exequatur erteilt. Sein Amtsbereich umfaßt Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz sowie Westberlin.**

**Die „Europäische Bewegung“ wird vom 21. bis 23. September unter dem Vorsitz des belgischen Sozialistenführers Spaak in Hamburg tagen.**

**Das französische Innenministerium hat den Sekretär der polnischen Grubenarbeitergewerkschaft in Nordfrankreich, Stephan Ljnoner, wegen unzutrefflicher Tätigkeit ausgewiesen.**

**Der spanische Staatschef, Generalissimo Franco empfing acht Mitglieder des Außen Ausschusses des amerikanischen Senats. Zuvor hatten die Senatoren Besprechungen mit spanischen Ministern, Bankiers und Industriellen.**

**In Guatemala ist ein 30tägiger Belagerungszustand zur „Erhaltung der inneren Sicherheit“ verhängt worden.**

**Mit 8346 137 Einwohnern ist Groß-London die größte Stadt der Welt. Groß-New York zählte 1950 nur 7 835 099 Personen. Die Gesamtbevölkerung der britischen Inseln beläuft sich auf 50 368 455 Seelen.**

**50 Schafe wurden vermalmt, als ein mit Vieh beladener Eilzug entgleiste zwischen Diepholz und Osnabrück. 15 Wagen stürzten über eine Böschung hinab.**

**Eine überbelastete Fähre kenterte im Meer bei Pusan (Korea), wobei 100 Personen ertranken.**

**Mehrere Städte in Kansas unter Wasser Und es regnet immer weiter**

Kansas City, USA (UP). Die Stadt Kansas erlebt zur Zeit die größte Überschwemmungskatastrophe seiner Geschichte. Als am Freitag ein großer Damm brach, ergossen sich die Fluten in die nachliegende Kansas City. In 75 Häuserblöcke steht das Wasser drei Meter hoch. Polizei und Feuerwehr retteten mit Booten die von den Fluten eingeschlossenen Hausbewohner. 10 000 Einwohner der Stadt wurden aufgefunden, ihre gefährdeten Häuser zu verlassen. Die Fleisch-Konservenindustrie der Stadt, eine der größten der USA, ist bedroht.

Auch die Hälfte der Stadt Topeka ist überschwemmt. Die Wasserversorgung von 100 000 Personen ist in Frage gestellt. Ein zwischen Chicago und Los Angeles verkehrender Stromlinienzug blieb mit 350 Passagieren im Wasser stecken. Vier andere Züge mit 1200 Reisenden liegen in Emporia fest.

Ein Dutzend anderer Städte in Kansas steht teilweise unter Wasser. Seit Wochen sind die Flüsse durch heftige Regenfälle angeschwollen. Auch am Freitag regnete es ununterbrochen. Das Personal der umliegenden Militärflugplätze wurde alarmiert. Die ersten Flugzeuge haben Arzneyen, Lebensmittel und Rettungsboote an Fallschirmen über Topeka abgeworfen.

Billig oder in alter Güte?

MAGGI bleibt bei Qualität!

Wer Qualität kauft, kauft besser!



# AUS UNSERER HEIMAT

## Zweihundert Jahre Frankenthaler Porzellan

1755 begann die Fabrikation eines der unbestritten besten europäischen Porzellan-Erzeugnisse

Als begehrtes Sammelobjekt hat sich das Porzellan seine Beliebtheit bis in unsere Zeit bewahrt, die so gar nichts mehr mit dem beschwingten und verspielten Rokoko gemein hat. Abgesehen von Gebrauchsgegenständen fast alle Manufakturen auch Aufstellgegenstände geschaffen, die allerdings auch die unmittlerbaren Vorläufer der viel bespotteten Nippfiguren wurden. Indes zielt auch manches einseitige Gebrauchsporzellan ob seiner Seltenheit oder Schönheit die Vitrine des Sammlers. Zu den Manufakturen, deren Erzeugnisse heute Welttraf haben, gehörte Frankenthal.

Frankenthal war eine der drei kurpfälzischen Hauptstädte und als solche Sitz der kurfürstlichen Porzellan-Manufaktur. Es sind jetzt genau 200 Jahre vergangen, als ein gewisser Paul Hannong in seiner Vaterstadt Straßburg eine Fayence- und Porzellanfabrik gründete; sie war kaum drei Jahre in Betrieb, da verließ der König von Frankreich seiner Manufaktur zu Sévres ein Privileg, wonach auf französischem Boden nur noch in Sévres Porzellan hergestellt werden durfte. Das war ein staatliches Monopol auf dem Gebiet der Kunst und hatte die Gründung der Frankenthaler Manufaktur zur Folge. Paul Hannong verließ Straßburg und eröffnete seine Porzellanfabrik in Frankenthal. Er brachte Rohstoffe, Modelle, Werkzeuge und Formen, ja sogar seine Künstler und Facharbeiter mit. Kurfürst Karl Theodor stellte ihm eine alte Kaserne zur Verfügung, und 1755 begann die Fabrikation, wenn man diese im besten Sinne kunstgewerbliche Arbeit so nennen darf. Die Leitung der neuen Fabrik übertrug Paul Hannong seinem Sohn Karl, worauf er selbst wieder nach Straßburg zurückging, um dort seine große Fayencefabrik weiter zu betreiben. Karl Hannong starb schon nach zwei Jahren. Der Vater schickte seinen zweiten Sohn Joseph Adam nach Frankenthal. Alle drei Hannongs erhielten vom Kurfürsten den Titel eines Kommerzienrats.

Dank günstiger Vorbedingungen konnte das Absatzgebiet des Frankenthaler Porzellans über ganz Deutschland ausgedehnt werden; selbst in Paris wurde ein Preisverzeichnis herausgegeben. Es existiert noch in ganz wenigen Exemplaren und zeigt, daß die Liste der angebotenen Waren ziemlich umfangreich war. Es gab da alle möglichen Geschirrzusammenstellungen, fein bemalt und zum Teil mit Vergoldung, Dosen aller Art, auch solche für Puder und Schminkepfästchen, die auf den Toilettefisch mancher Rokoko-Dame gestanden haben mögen. Kaffeekannen, Vasen, Schreibzeuge, aber auch Pfeifenköpfe und Stock-Krücken. Neben diesen Gebrauchsgegenständen gab es dann noch die vielen Aufstellstücke, die eigentlich den Begriff Frankenthaler Porzellan berühmt machten; sie wurden nach Modellen von hervorragenden Künstlern angefertigt.

Sammler und Händler erkennen das Porzellan an der Fabrikmarke, die auf die klassischen, in China schon seit vielen hundert Jahren bekannten Porzellanmarken zurückgeht. Es gibt Tausende solcher Marken, und nur wenige Fachgelehrte, zu denen man auch die großen Spezialhändler und -sammler rechnen kann, kennen die wichtigsten dieser Marken auswendig. Das Hannongische Porzellan war in der Anfangszeit mit den Buchstaben P.H. (= Paul Hannong) versehen, später mit dem Wappenstein Rautenschild und mit dem Pfälzer Löwen. Dann, als die Manufaktur unter

kurfürstlicher Verwaltung betrieben wurde, trugen wir die Blaumarke C.T. (= Carl Theodor) mit dem Kurhut, daneben die Zeichen der Modelleure und Buntmaler.

Frankenthaler Porzellan gehört zu den unbestritten besten europäischen Porzellan-Erzeugnissen; es stand hinter Meißens und Sévres nicht zurück und hat heute einen sehr hohen Kunst- und Sammelwert. Nachdem der Kurfürst seine Residenz von Mannheim nach München verlegt hatte, wurde die Vereinigung der Manufaktur Frankenthal mit Nymphenburg amtlich verfügt. Bis dahin aber mußte Frankenthal noch ein wechselvolles Schicksal über sich ergehen lassen. Als im Verlauf der französischen Revolutionskriege die französischen Streitkräfte nach Frankenthal kamen, beschlagnahmten sie zugleich die Porzellanfabrik Karl Theodors und veräußerten sie an einige pfälzische Bürger. Die wertvollen Porzellanvorräte waren allerdings von den kurfürstlichen Beamten nach Mannheim in Sicherheit gebracht worden. Die neuen Eigentümer signierten ihre Ware mit R (= van Recum). Die Fabrik wurde jedoch bald von der kurfürstlichen Verwaltung weiter betrieben, nachdem die Franzosen wieder abgezogen waren. Als aber im Jahre 1797 die Tricolore wieder am linken Rheinufer wehte, übernahm

Johann Nepomuk van Recum erneut den Betrieb, der jedoch seinen Höhepunkt überschritten hatte und nicht mehr recht florierende zwei Jahre später erloschen die Brennöfen endgültig.

Außer der großen Münchener Sammlung haben die Städtischen Museen in Mannheim ihren umfangreichen Bestand an Frankenthaler Porzellan glücklich über den Krieg gerettet; nur der Raummangel verhindert noch die Aufstellung für die Öffentlichkeit. Die Sammlung des Speyerer Museums dagegen, die in die Kasematten der ehemaligen Festung Germersheim ausgelagert war, ist in alle Winde zerstreut. Ausländische „Gäste“ stöberten die Schätze zu Beginn der Besatzungszeit in Germersheim auf und nahmen sich ihrer an. Bei den Kunst- und Antiquitätenhändlern in aller Welt tauchte seit Kriegsende das Frankenthaler Porzellan auf zur Freude der Sammler und zum großen Kummer des pfälzischen Museums.

Neuerdings wird wieder Frankenthaler Porzellan in einem jenen Betrieb erzeugt, der nach dem zweiten Weltkrieg eröffnet wurde. Seine Erzeugnisse tragen nicht nur den altertümlichen Namen, sie sind auch nach den Mustern der Rokokozeit gearbeitet. W.N.

## Die Rolle in Geschichte, Brauch und Dichtung

Von Rosenmädchen und Rosenfesten

Die Rose, die Königin der Blumen, stammt aus dem medisch-persischen Osten. Schon bald nach ihrem Erscheinen im alten Griechenland ist sie der Göttin der Liebe, Aphrodite, geweiht, zugleich aber auch die Blume des Unterweltgottes und Totengeleiters Dionysos, also Sinnbild der Lebensfreude und des Todes zugleich. Griechische Kolonisten trugen die Rose nach Italien, römische Bürger von dort nach unserem Norden, an den Rhein.

Unserem deutschen Mittelalter ist die Rose vertraut. Unzählige Einzelheiten aus Brauch und Sitten, Religion und Kunst lassen sich in bezug auf die Rose sammeln. Uns beschäftigen hier im Zusammenhang mit neuen, die alten Rosenfeste. In die urtümlichen Vorstellungen vom Kampf des Winters und des Sommers, der auf Sonntag Lätare, unseren Sommertagsanfang, heute noch in rheinisch-fränkischen Gauen, vor allem auch hierzulande angefochten wird, machten sich die südländische Rose und das uralte italienische Rosenfest, dessen Brauch von Süden rheinabwärts zu uns wanderte und z. B. in der Sage vom Rosengarten von Worms weiterklingt.

Das Lied der tugendhaften Rosenkönigin klingt fort. Als Königsrose besingt Schenckendorf die Königin Luise. Die alte volkstümliche Sitten der Malheur oder des Malhebens, die Wahl eines Malkönigs und einer Malkönigin, wie sie uns zum Beispiel von Bad Dürkheim überliefert ist, fand ihren Niederschlag in der französischen Sitten, die durch Sittsamkeit und Ehrbarkeit ausgezeichnete Mädchen, als Rosenmädchen zu krönen. Der Brauch fand auch in Deutschland Nachahmung bis in unsere Tage.

Aber auch in der alten Pfalz kannte man die Sitten der Rosenkönigin, und der sie hier beliebte, war Napoleon I. So wurde markwürdigweise die Rose zu einem Mittel napo-

leonischer Politik. Auch sonst wußte der Kaiser mit Mittelchen aller Art die Stimmung seiner Untertanen zu heben. Freudentage für ihn und sein Haus sollten auch solche für viele seiner Untertanen werden. Zur Begründung eines eigenen Hausstandes erhielten seine alten Soldaten eine kaiserliche Unterstützung. Die von ihnen gewählten Frauen sollten tugendhafte Mädchen sein. So hielt er es aus Anlaß seiner Vermählung mit Marie-Luise und der Geburt des Königs von Rom 1811. Zur Ausstattung der alljährlich an seinem Geburtstag, dem 13. August, zu verheiratenden Rosenmädchen mußten aber auch die größeren Gemeinden aus ihrer Kasse zahlen. Wir wissen, wie Napoleon dieses Mittel in den Dienst seiner Propaganda zu stellen wußte. Er erinnerte sich jener französischen Sitten, an einem bestimmten Feiertag das tugendhafteste Mädchen des Ortes mit Rosen zu schmücken. Statt mit Rosen, wurde nun die Auserwählte durch eine Mitgift von 600 Franken ausgestattet und so in den Stand gesetzt, sich zu verheiraten. Die Auswahl des Bräutigams, der Kämpfer gewesen sein mußte, wie auch des Rosenmädchens, war ursprünglich den Behörden überlassen; doch nahm man auf besondere Wünsche Rücksicht. Die feierliche Vermählung des auserwählten Paares fand später am Jahrestag der Krönung Napoleons unter besonderen Feierlichkeiten statt. Die Behörden versäumten nicht, das Programm der Feste reizvoll zu gestalten, alles zum Ruhme des Kaisers und — mit Mitteln aus der Gemeindefkasse. Es war dabei nicht immer leicht, ein entsprechendes Rosenmädchen zu finden. Wie das Schreiben des Bürgermeisters von Zweibrücken vom 31. 5. 1811 an den Präfekten des Donnersbergdepartements in Mainz bekundet, traten damals zwei Bewerber auf; die aber hatten die Ehe Mädchen versprochen, die nicht als Rosenmädchen bezeichnet werden konnten.

Aus verschiedenen pfälzischen Orten, so z. B. aus Frankenthal und Lambheim, wissen wir über den Verlauf dieser Feste, für die die Obrigkeit alles genau vorschrieb. Es ist bezeichnend für die Art der Feste unter Napoleon überhaupt und besonders auch für die alljährlich stattfindende Verheiratung der Rosenbräute, daß nichts dem Zufall überlassen wurde. Wie die römischen Imperatoren einst durch Brot und Zirkusspiele sich des Volkes Gunst zu sichern wußten, so stellte Napoleon ähnliche Mittel in den Dienst seiner Propaganda. Und über die Durchführung der Feierlichkeiten wurde unter Angabe aller Einzelheiten von den darin weitestgehenden Beamten eingehend berichtet; die Abhängigkeit an Napoleon sollte bei solchen Anlässen deutlich hervortreten. B-r.

## Renchtalbäder — eine Skizze vergangener Tage

Wer denkt heute noch daran, daß es einmal Sitten war, in Ehekontrakten vergangener Jahrhunderten einen jährlichen Badebesuch im Renchtal festzusetzen? — Nichts erinnert mehr an den Glanz jener Tage in Bad Peterstal oder Bad Griesbach. Wohl fließen auch heute noch die Heilquellen, wohl werden auch heute wieder die Heilwässer aus dem Renchtal überall verkauft. Doch verblieben ist der Glanz vergangener Jahre, den uns der bekannte Satiriker Michael Moscherosch in seinem „Philander von Sittenwald“ (1642) so trefflich schildert: „...Behüte Gott, was für eine Menge Volk fand ich da! Da Kavaliere, da Kutschen, da schöne Damen, deren Augen funkelten, als ob sie voll feuriger Sterne wären. Da Spielleute, da weiß nicht was für vornehme Leute, Herren und Frauen. Ein Teil sang, ein anderer tanzte, einer pfiff, ein anderer sprang. Einer kitzelte, der andere lachte, einer aß, der andere trank. Kurz zu melden, es war mir eben, als ob ich zu Hofe wäre. — Es war eine Lust von guter Gesellschaft, so vertraulich ging es unter uns zu.“

Ha, wie bald war ich des Handels inne mit Tausen, Singen, Springen, Jublieren, Jauchzen, Hoffieren, Gassatim gehen, Mummenschanzen, Komödien und Spiel sehen. Gaste-

## Ein Dorf wanderte durch den Strom

Das Fischer- und Schifferfest in Neuburg

Alljährlich, in der Mitte des Rosenmonats, feiert das kleine Dorf Neuburg in der Südstadt der Rheinpfalz sein weithin bekanntes und berühmtes Fischer- und Schifferfest in traditioneller Form. — Vor Jahrhunderten siedelten sich hier mitten im Stromgebiet des damals noch nicht in sein Bett eingeebnetes Rheines einige Fischer an, denen eine alte Wasserburg Schutz und Schirm gewährte. Neuburg nannten sie ihre Niederlassung, die Burg aber, Schloß Neuburg, wurde im Bauernkrieg zerstört und liegt heute in der Tiefe des Stromes, der jetzt mächtig und breit einherströmt.

Vor rund 300 Jahren war es, als durch das Verlegen des Flußbettes „Stadt und Schloß Neuburg“ auf die pfälzische Seite zu liegen kamen. In Sitten, Tracht und Sprache zeigt der Ort jedoch, daß er dereinst zur badischen Seite gehörte; inmitten eines ganz katholischen Gebietes bildet er heute die einzige evangelische Gemeinde weit und breit. Im Jahre 1405 schon wurde Neuburg als eine bedeutende Lotsenstation urkundlich erwähnt und seit 1370 ist es aus mannigfachen Urkunden als einträgliche Zollstation und Feste auf dem Rhein bekannt. Heute zählt das Dorf rund 2000 Einwohner, die sich aus 20 Prozent Schiffern, Lotsen und Steuerleuten, etwa 40 Prozent Kleinhandwerkern und Arbeitern zusammensetzen, den Rest bilden die Landwirte mit kleineren und mittleren Betrieben. In eigenartiger Form liegen die Häuserreihen am alten Rheinlauf entlang.

Hart und schwer ist das Leben wie in allen Grenzlanddörfern, denn auch Neuburg liegt innerhalb der 5-km-Zone und damit im Schatten der Grenzpfähle. Mitten im Bereich des ehemaligen Westwalls mußte die Bevölkerung die Anstrengungen und Folgen einer dreimaligen Evakuierung auf sich nehmen. Das Dorf selbst erlitt schwere Schäden durch Artillerie- und Fliegerbeschuss, Verwüstung, Zerstörung Not und Elend zeigte das Grenzland, das jahrelang Schauplatz des Krieges war, aber auch den zähen und stets entschlossenen Wiederaufbauwillen seiner Bevölkerung.

Neuburg, fest verwachsen mit dem Rhein, begibt am 14. 15. und 16. Juli in diesem Jahre sein altes Fischer- und Schifferfest mit Begleitung; Tausende von Gästen, die die enge Verbundenheit mit der Bevölkerung links und rechts des Rheines bekunden, werden urwüchsiges Volkstum, Sitten und Gebräuche der Fischer und Schiffer auf diesem Heimatfest erleben. Hauptanziehungspunkt wird der einzigartige Festzug auf dem Wasser der Lanter sein; auf festlich geschmückten Kähnen, Dreiborden und Schaluppen zeigt er symbolisch und oft auf recht humorvolle Art das eigentümliche, immer noch lebendige Brauchtum dieser Fischer- und Schiffergemeinde, das Leben und Treiben auf dem Rhein in alter und neuer Zeit. Neben vielen anderen Überraschungen erstet eine Folge von wasser- und schwimmsportlichen Vorführungen wie Preisangeln, Schifferstechen, Badmoldrennen, Wellenreiten, Volkstänze. Für Feinschmecker bieten die Neuburger die knusprig gebackenen Rheinische, direkt aus der Pfanne serviert. -Sk-

## Wanderögel auf Waldeck

In einem Winkel des vorderen Hunsrück umgeben von steil abfallenden Höhenzügen, liegt die Burg Waldeck. Prachtvolle Waldungen grenzen bis an die aufragenden Mauern und geben ein romantisches Bild. Keinen schöneren Ort konnten sich die „alten Schloßherren“ die älteren Semester aus der Mitte der Neroth, des weit über die Grenzen hinaus bekannten Wanderbundes, als Stammsitz wählen. Schon nach dem ersten Weltkrieg schloß sich hier ein Kreis jungen Wandervögel zu dem Nerother Bund zusammen, der im Lauf der Jahre immer größer und zahlreicher wurde.

Jedes Jahr, an den Tagen der großen Gemeinschaftstreffen, ziehen zahllose junge Nerother nach Waldeck, um sich dort zu frühlichem Lagerleben zusammenzufinden. In diesem Kreis berichten die Älteren von ihren Fahrten und von ihren Erfahrungen, den jüngeren Nerothern dadurch neue Ziele wendend; Nicht zuletzt wird dabei auch die Bedeutung von Burg Waldeck als eines kulturellen Anziehungspunktes deutlich.

## Geistige Größe und Menschentum

Vor 20 Jahren starb in Heidelberg Friedrich Gundolf

Vor genau zwanzig Jahren, am 12. Juli 1931, starb in Heidelberg der Literaturprofessor Friedrich Gundolf, eine der glänzendsten Gelehrtengestalten der zwanziger Jahre. Der Dichter Stefan George war es, dem Gundolf als Student begegnete, und der ihm den Weg seines Schaffens wies. Der junge Mensch sah in George menschliche Größe verkörpert und schuf ihm aus Ehrfurcht und Bewunderung das Monumentalbild einer Biographie. Er erhob dadurch Stefan George, der noch lebte, ins Mythische. Die Lebens- und Geschichtsanschauungen des jungen Nietzsche wirkten in Gundolf fort; was Nietzsche „monumentale“ Geschichtsschreibung nannte, vollzog Friedrich Gundolf.

Über Gundolfs Wirken lag ein großer Verdacht. Frühe und spätere Gedichte verraten den leidenschaftlichen Drang eines künstlerisch begabten Menschen zu unmittelbarer Gestaltung. Über diesem Dichterwillen jedoch steht lähmend eine starke kritische Begabung, die ihn aus dem Bereich großer Dichtung ausschließt und auf das für seinen Geist Richtige beschränkt: Wertung und Urteil.

Am Anfang seiner Laufbahn als Literaturhistoriker an der Universität Heidelberg steht ein Werk, das großes Aufsehen erregte: „Shakespeare und der deutsche Geist“ (1911), die Auseinandersetzung Deutschlands mit dem englischen Dichter; Gundolf versteht sie als Widerpiel geistiger Kräfte, die in den Wandlungen des dichterischen Bildes zu Symbolen geschichtlichen Ablaufs werden. Krönendes Werk des Umgangs mit Shakespeare, der für Gundolf das „Menschgewordene Schöpferium des Lebens selbst“ ist, ist die umfassende Deutung „Shakespeare, sein Wesen und Werk“.

Deutung ist auch Gundolfs zweites Gipfelwerk, „Goethe“, das er als erkennender Historiker, als Lebensphilosoph, als Künstler eigenwillig gestaltete. In Goethe bewundert er „die größte Einheit, worin deutscher Geist sich verkörpert hat“; Casar (1924) sieht er als den „richtigen Menschen“. Gundolf selbst sagte einmal, in dem Buch über Goethe sei ausge-

sprochen, was er über Dichtung zu sagen habe, in „Casar“, was ihm die Geschichte bedeute, in „Shakespeare“, was ihm das Leben vertraut habe. Kleist erschien dem großen Kritiker als Sinnbild des deutschen Verhältnisses, Gundolfs Essays über die Romantiker sind die härteste Kritik, die je an ihnen geübt wurde.

Unter der Führung Friedrich Gundolfs wurde die Literaturgeschichte wieder zum Feld geistiger Leidenschaft. Mit fast nie irrendem Sinn für Größe, menschlichem und geistigem Rang, einem Erfassungsvermögen für das Schöne, Starke, ausgestattet mit der Gabe der Klarheit und Verdeutlichung und mit einer nahezu religiösen Verehrung richtete er mit seinen Werken Bilder großer, normgebender Menschen auf. Unzählige Gestalten der Literatur erweckte der unermüdete Schriftsteller zu neuem Leben, bestrebt, in einer Zeit des Fortschrittswahns das Wesen menschlicher Größe aufzuzeigen.

Von der Verunglimpfung, die dem großen Werke Gundolfs nach seinem Tod drohte, hatte der Kritiker nur noch eine unklare Ahnung. 1930 sagte er einmal in einem Gespräch: „Ich bin stolz, ein Jude zu sein“. Welch grausame Ironie des Schicksals, daß unter seinen Hörern der spätere Propagandaminister des Dritten Reiches saß! Von einem inneren Leiden verzehrt, starb Friedrich Gundolf am 12. Juli 1931 im Alter von 51 Jahren. Als einer der beliebtesten deutschen Universitätslehrer hatte er 20 Jahre lang der Heidelberger Universität treu gedient.

Uns heutigen Menschen, die wir allem gegenüber skeptisch geworden sind, und nur dem Religiösen seinen eigentlichen Wert zurückgeben, weil wir es von allem Religionsersatz reinlich geschieden haben, wird mehr als je deutlich, wie groß Gundolfs Werk ist. Daß er den großen Menschen Denkmäler gesetzt hat, um Hüter heiliger Ämter, edelste Vorbilder zu bewahren, auf daß sie neue Lebenskräfte erwecken, wird ihm unvergessen bleiben.